AfD Fraktion im Kreistag des Kreises Heinsberg

Rede zur Haushaltsberatung im Kreistag am 07.02.2023

Von Jürgen Spenrath im Namen der AfD Fraktion

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Mitglieder des Kreistages Heinsberg,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse,
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Der vorliegende Haushaltsplan des Kreises Heinsberg für das Jahr 2023 steht in der Kontinuität seiner Vorgänger.
Sind die Pflichtaufgaben finanziert, so gibt es, wie auch die vergangenen Jahre, nur noch wenig Spielraum für wünschenswerte Projekte.
Der Kreishaushalt ist in den letzten Jahren deutlich aufgewachsen. Dies ist jedoch keine qualitative Entwicklung, denn wir befinden uns hier in der Maschinenhalle des staatlichen Umverteilungswesens.
Aus Steuergeldern werden Zuschüsse, Transferleistungen und Subventionen und diese lösen ständig Fehlallokationen aus. Soziale Marktwirtschaft wird zunehmend durch einen ausufernden Sozialstaat und staatliche Planwirtschaft ersetzt.

Mittel- und langfristig gesehen werden wir große Schwierigkeiten bei der Finanzierung kommunaler Aufgaben haben.
Wir haben Hypotheken zu bedienen, die uns und unseren Nachfolgern noch Jahrzehnte wie Mühlsteine am Hals hängen.
Ein Beispiel ist das Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen. Es hat auch unserem Kreishaushalt etwas Luft verschafft.
Eine Belastung der Haushaltsjahre nach 2025 ist jedoch unvermeidlich.

Schon bei der Aufstellung des Kreishaushaltes für das Jahr 2022 haben wir angemerkt, dass es in den folgenden Jahren eine Reihe von Unwägbarkeiten geben wird, da wir in unruhigen Zeiten leben. Bedauerlicherweise sind alle Probleme eingetreten und ein neues hinzugekommen.
Der Ukraine Krieg ist eine Katastrophe. Die langfristigen Folgen sind noch nicht abschätzbar.

Stichwort Inflation:
Die Inflationsgefahr hatten wir schon 2022 benannt. Die Gefahr wurde Realität. Wir stecken aktuell in einer Lohn-Preisspirale.
Die Preissteigerung und besonders der Anstieg der Energiekosten belasten alle Bürger aber auch den Kreishaushalt langfristig.

Stichwort Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlenrevier:
Der Kreis Heinsberg wird schon jetzt von dem bevorstehenden Strukturwandel erfasst.
Im Rheinischen Revier werden über Jahrzehnte gewachsene Wertschöpfungsketten zerreißen.
In der Folge wird unsere Region ihre wirtschaftliche Bedeutung verlieren.
Projekte wie Future Site InWest ändern daran nichts.

Stichwort Future Site InWest:
Wir haben schon in der Haushaltsberatung 2022 darauf hingewiesen, dass der Widerstand von Bürgern am Standort des Projektes Future Site InWest in Geilenkirchen-Lindern und in den Orten die von den projektbegleitenden Infrastrukturmaßnahmen betroffen sind, nicht zu unterschätzen ist.
An dieser Stelle erinnern wir nochmals daran, dass dieselben politischen Kräfte die den Strukturbruch im Rheinischen Revier mit herbeigeführt haben, heute den Widerstand gegen das Projekt Future Site InWest unterstützen.
Der vorerst per Gerichtsentscheid gestoppte Bau der L364n zeigt, dass auch zukünftig lang andauernde rechtliche Auseinandersetzungen das Projekt Future Site InWest ausbremsen werden.
Die Zeitspanne bis zur Projektrealisierung ist aber ein wichtiger Faktor im Wettbewerb um Investoren.
An den bisherigen Kraftwerksstandorten im Rheinischen Braunkohlerevier bieten sich jetzt schon Konversionsflächen als Standorte für Industrieansiedlungen an.
Bei diesen, in absehbarer Zeit zur Verfügung stehenden Flächen, ist die Frage der Verkehrsanbindung bereits geklärt.
Ein Beispiel ist das interkommunale Industriegebiet „Am Grachtweg“ in Eschweiler. Hier ist man schon lange über den Stand der Planung hinaus.
Die Firma Babor wird Mitte dieses Jahres eine Produktionsstätte eröffnen. 60 Millionen Euro wurden investiert.
Das Fazit der AfD Fraktion im Kreistag des Kreises Heinsberg lautet daher: Das Projekt Future Site InWest befindet sich vom Start weg in der Krise.

Stichwort Verkehrswende im Kreis Heinsberg:
Die Konkurrenz durch große Versandhändler macht dem stationären Einzelhandel das Leben schwer.
Wer sich die Planungen zur Gestaltung der Innenstädte anschaut muss feststellen das nun auch hier der Begriff der Verkehrswende auftaucht. Einschränkungen der individuellen Mobilität werden als notwendige Maßnahmen für den Klimaschutz angesehen.
Der dysfunktionale ÖPNV in unserem Flächenkreis ist keine Alternative. Eine wirtschaftliche Verödung der Innenstädte wird das Ergebnis sein.
Wer schützt den Einzelhandel vor dem Klimahype?

Stichwort Klimawende:
Die Diskussion um Lützerath und die Forderung nach einem sofortigen Ausstieg aus dem Braunkohlentagebau zeigen die Zwiespältigkeit des Projektes Klimawende.

Eine Resolution des Zweckverbandes Naturpark Schwalm-Nette mit der Kernaussage

“Über eine weitere Vorziehung des Kohleausstieges auf einen Zeitpunkt vor dem Jahr 2038 darf erst dann verantwortungsvoll beraten und beschlossen werden, wenn zuvor alle damit verbundenen Konsequenzen – insbesondere die der Wasserwirtschaft – geklärt und erforderliche Maßnahmen für und mit den Betroffenen im gegenseitigen Einvernehmen vereinbart wurden“ tragen wir grundsätzlich mit und haben dazu ein gemeinsames Positionspapier der Fraktionen des Kreises Heinsberg zum vorzeitigen Kohleausstieg verfasst.

Diese Art von Sachdiskussion wird aber in der Öffentlichkeit wenig wahrgenommen. In den Medien werden die Standpunkte der sogenannten Klimaaktivisten emotional aufgeladen. Über die Machbarkeit eines vorgezogenen Kohleausstiegs wird nicht gesprochen.
Der Klimaschutzgedanke ist keine Verlängerung des Umweltschutzgedankens. Ganz im Gegenteil.
Der Klimaschutz steht immer mehr im Gegensatz zum Umweltschutz.
Welcher Umweltschützer wünscht sich Windkraftanlagen im Birgeler Urwald?

Wir dürfen uns nicht vom Zeitgeist treiben lassen. Unsere Forderung als AfD lautet: “Es muss Schluss sein mit wirtschaftlich wie auch ökologisch sinnlosen Gedankenspielen wie Klimamanagement, Energiewende und Verkehrswende“.
Es handelt sich um Ideologien, die die Spielräume für wirtschaftliches Handeln massiv einengen. Wirtschaftliches Handeln ist jedoch eine Voraussetzung für unseren Wohlstand, für einen funktionierenden Sozialstaat und letztendlich auch für eine funktionierende Demokratie.

Die Förderung der Wirtschaft, der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur die Weiterentwicklung einer modernen, bürgernahen Verwaltung müssen die Kernziele kommunalpolitischer Arbeit sein.

Die AfD Fraktion dankt der Verwaltung des Kreises Heinsberg, die in der Corona-Krise alle auftretenden Probleme bewältigt hat.

Wir danken dem Kämmerer Herrn Goertz und allen, die an der Aufstellung des Haushalts für das Jahr 2023 beteiligt waren für ihre gute Arbeit.

Allen Mitarbeitern der Kreisverwaltung und allen Mitgliedern des Kreistages Heinsberg wünschen wir für die kommenden Monate Gesundheit und Schaffenskraft, damit wir gemeinsam die vor uns liegenden Aufgaben und Herausforderungen bestehen können.

AfD Fraktion im Kreistag des Kreises Heinsberg
Jürgen Spenrath
Fraktionsvorsitzender